

DIE TÄTIGKEIT DER EIDGENÖSSISCHEN KOMMISSION FÜR FRAUENFRAGEN IM JAHR 1995

Schwerpunkthemen in diesem Jahr waren für die Eidg. Kommission für Frauenfragen die Publikation ihres Berichts „Viel erreicht - wenig verändert? Zur Situation der Frauen in der Schweiz“, die Vernehmlassungsstellungen zu verschiedenen Zweigen der Sozialversicherungen, das geplante Humanmedizingesetz sowie die Medienevaluation im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen vom Oktober 1995.

Für die im Laufe des Jahres zurückgetretenen Kommissionsmitglieder Frau Marianne von Weissenfluh und Frau Christiane Langenberger-Jaeger wurden Frau Rita Schmid-Göldi und Frau Olga Gamma neu in die Kommission gewählt. Als Nachfolgerin von Frau Christiane Langenberger-Jaeger als Vizepräsidentin wurde Frau Chiara Simoneschi-Cortesi gewählt.

Als neue Leiterin der Dokumentationsstelle für Frauenfragen nahm Frau Claudia Weilenmann - in der Nachfolge von Frau Katharina Belser - am 1. September ihre Arbeit auf.

1. SITZUNGEN

1.1. Plenarsitzungen

An insgesamt vier Sitzungstagen (27. Februar, 26./27. Juni, 9. November) behandelte die Kommission als wesentliche Traktanden: Stellungnahmen zur 6. EOG-Revision, zum Bundesgesetz über Familienzulagen, zum Humanmedizingesetz sowie die Evaluation der Medien bezüglich der eidgenössischen Wahlen vom Oktober 1995. Sie behandelte als weitere Themen die Situation junger Frauen in Beruf und Gesellschaft, das UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und die Inhalte und Zielsetzungen der 4. Weltfrauenkonferenz.

1.2. Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe „Sozialversicherungen“ befasste sich an mehreren Sitzungen mit der Thematik Mutterschaftsversicherung, den Vernehmlassungsstellungen der Kommission zum Entwurf des Bundesgesetzes über Familienzulagen, zum Ergänzungsleistungsgesetz sowie zur Verordnung Arbeitslosenversicherung.

2. PUBLIKATIONEN

2.1. Bericht zur Situation der Frauen in der Schweiz

Im Juni stellte die Kommission ihren neuen umfassenden Bericht „Viel erreicht - wenig verändert? Zur Situation der Frauen in der Schweiz“ der Öffentlichkeit vor. Dieser Bericht zeigt die wichtigsten frauen- und gleichstellungspolitischen Entwicklungen, insbesondere seit den 70er Jahren ebenso auf wie den aktuellen Stand der Gleichstellung von Frau und Mann. Verfasst wurde diese Bestandesaufnahme von mehr als 30 Fachfrauen. In einem Kommentar beurteilt die Kommission aus ihrer Sicht die frauenpolitische Entwicklung und formuliert diesbezügliche Ziele und Aufgaben für die kommenden Jahre.

Der Bericht liegt in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache vor.

2.2. Faltblatt zu den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 1995

Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen vom Oktober 1995 entwickelte die Kommission zusammen mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ein Faltblatt „Damenwahl“. Dieses Faltblatt ist eine aktualisierte Neuauflage, in der eine breite Öffentlichkeit vor allem auf folgende Punkte aufmerksam gemacht wird: Die heutige starke Untervertretung der Frauen im Bundeshaus, die Aufforderung an Frauen und Männer, sich an der Wahl zu beteiligen, sowie eine Erklärung der verschiedenen Möglichkeiten, vermehrt Kandidatinnen zu unterstützen. Das Faltblatt wurde in deutscher, französischer und italienischer Fassung an Parteien, Frauenorganisationen, Medien sowie weitere interessierte Kreise abgegeben.

2.3. F-Frauenfragen

Die erste Nummer des Bulletins enthält die Referate der am 2. Dezember 1995 in Bern durchgeführten Tagung „Cherchez la femme! Über 200 Jahre Menschenrechte: Vom Ausschluss der Frauen zu einer Re-Vision der Menschenrechte“. Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann organisiert. Des weiteren befasst sich das Bulletin auch mit dem UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, zu welchem der Bundesrat dem Parlament inzwischen eine Botschaft vorgelegt hat.

Als weiteres Heft erschien F 2-3/95 als Doppelnummer zur Mutterschaftsversicherung. Neben verschiedenen Artikeln zu diesem Thema enthält es ein Gespräch zwischen Exponentinnen verschiedener Modelle einer Mutterschaftsversicherung sowie die Vernehmlassungsstellungen der Kommission zur geplanten Revision der Erwerbersatzordnung und zum Entwurf eines Bundesgesetzes über Familienzulagen.

2.4. *Pressemappe*

Die Bibliothek erhielt einen ansehnlichen Zuwachs an Büchern und Broschüren, welche auch in diesem Jahr zunehmend ausgeliehen wurden. Die Dokumentationsstelle wurde benutzt von PolitikerInnen, StudentInnen, JournalistInnen, AusbilderInnen u.a. Mindestens zweimonatlich erschien eine gedruckte Liste mit den neuerschafften Publikationen.

Die Herausgabe der Pressemappe wurde auf Ende April 1995 eingestellt. Weitergeführt wird die Dokumentation der Zeitschriftenartikel mit Hintergrundartikeln zu Gewalt, Arbeit, Politik, Gesundheit, Sozialversicherungen, Kultur, Lebensformen, Europa etc.

3. VERNEHMLASSUNGEN

3.1. *Stellungnahme zum Vorentwurf zur 6. Revision des Bundesgesetzes über die Erwerbersatzordnung für Dienstleistende in Armee und Zivilschutz*

Die Kommission begrüsst die zivilstandsunabhängige Grundentschädigung und unterstützt die Erhöhung der Kinderzulagen sowie die Einführung einer Erziehungszulage. Allerdings deckt die geplante Erhöhung der Kinderzulagen die tatsächlichen Kinderkosten nicht. Eine einheitliche Kinderzulage von 20% für jedes Kind, wie es die Kommission vorschlägt, würde hier zu einer Verbesserung führen. Neben der Erziehungsarbeit soll auch die Betreuungsarbeit (Pflege kranker, behinderter und betagter Menschen) berücksichtigt werden. (Stellungnahme publiziert in F 2-3/95)

3.2. *Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Familienzulagen*

Die Kommission begrüsst den Entwurf eines Bundesgesetzes über Familienzulagen, da die familien- und sozialpolitischen Leistungen der Schweiz im europäischen Vergleich unbefriedigend sind und im Gegensatz zu ihrem überdurchschnittlichen Wohlstand stehen. Der Grundsatz „Ein Kind - eine Zulage“ wird ebenso unterstützt wie die Entkoppelung des Anspruchs auf Familienzulage von Beruf und Erwerbstätigkeit bzw. dem Grad der Erwerbstätigkeit. Die Kommission plädiert für höhere Kinderzulagen als im Entwurf vorgesehen. Sie spricht sich überdies für eine weitgehende Finanzierung durch

die öffentliche Hand aus, so dass niedrige Einkommen nicht übermässig belastet und Vermögenserträge ebenfalls berücksichtigt werden.

(Stellungnahme publiziert in F 2-3/95)

3.3. *Stellungnahme zum Recht auf Existenzsicherung (Verfassungsänderung)*

Die Kommission befürwortet die ausdrückliche Anerkennung des Rechts auf Existenzsicherung in der Bundesverfassung. Sie teilt den Befund, dass das heutige System der sozialen Sicherheit mangelhaft ist und insbesondere die Sozialhilfe als „Netz unter dem Netz“ einer Reform bedarf: Die Verbesserung der Rechtsposition und die Garantie menschenwürdiger Sozialhilfe ist auch ein Gebot der Gleichstellung von Frau und Mann, da es hauptsächlich Frauen sind, die mangels Ansprüchen bei den Sozialversicherungen auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

3.4. *Stellungnahme zur Ausländerregelung 1995/96 (BVO)*

In ihrer Stellungnahme beschränkt sich die Kommission auf die Neuregelungen im Bereich der Zulassung von Cabaret-Tänzerinnen. Sie betont, dass eine restriktive Begrenzung der Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen ungeeignete Lösungsversuche sind, da sie lediglich eine Zunahme der illegalen Animation mit negativen Folgen für die betroffenen Frauen mit sich bringen. Daher schlägt sie eine Reihe von zusätzlichen Massnahmen vor, um die Arbeits- und Lebensbedingungen von Cabaret-Tänzerinnen zu verbessern: Verbesserung der kantonalen Kontrollen in den Lokalen, Durchsetzung des Animationsverbots, Festlegung eines Minimalbetrages der (kantonalen) Mindestlöhne, Durchsetzung vertraglicher Regelungen, Aufbau regionaler subventionierter Beratungs- und Informationsstellen. Nach Ansicht der Kommission zeigt der Vernehmlassungsentwurf deutlich, wie problematisch und diskriminierend das „Drei-Kreise-Modell“ namentlich für ausländische Frauen ist.

(Stellungnahme publiziert in F 2-3/95)

3.5. *Stellungnahme zum Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung und eine nationale Ethikkommission (Humanmedizingesetz)*

Die Kommission beurteilt die Entwicklung der künstlichen Fortpflanzung und der Gentechnologie mit grosser Skepsis. Die Fortpflanzungsmedizin betrifft in ganz besonderem Masse die Frauen, an deren Körper die künstlichen Fortpflanzungsverfahren vorgenommen werden. Das Humanmedizingesetz muss daher ausdrücklich die Aufgabe haben, Leben, Gesundheit, Würde und Persönlichkeit der betroffenen Frauen zu schützen. Dieser Anforderung wird der Entwurf nicht gerecht. Nicht geregelt ist zudem der Fall überzähliger Embryonen, die im Rahmen eines Fortpflanzungsverfahrens entwickelt, jedoch

nicht mehr benötigt werden. Die Kommission fordert ein klares Verbot der Forschung und des Handels mit überzähligen Embryonen. Die vom Gesetz erlaubten Technologien sollen nicht auf Paare beschränkt werden, sondern allen interessierten Personen offenstehen. Insbesondere soll die heterologe Samenspende auch Konkubinatspaaren erlaubt sein.

(Stellungnahme wird in F 1/96 publiziert)

3.6. *Stellungnahme zur 3. Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (ELG)*

Befürwortet wird die Ausdehnung des Ergänzungsleistungssystems, namentlich als Zusatzleistungen zum Taggeld der Unfallversicherung, zum Krankentaggeld und zum IV-Taggeld während der Frist zur Abklärung von IV-Ansprüchen. Begrüsst werden die materiellen Verbesserungen für die Bezüger/innen von Ergänzungsleistungen zur AHV und IV wie z.B. der Übergang von der Netto- zur Bruttomiete und der Verzicht auf eine Kürzung der Ergänzungsleistungen bei Selbstverschulden. Die Informationsverbesserung und die Einführung eines Selbstrechnungsblattes sowie die separate Anspruchsberechtigung von geschiedenen/getrennten Eheleuten wird von der Kommission ebenfalls unterstützt.

3.7. *Stellungnahme zur zweiten Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes; Gesetzesverordnung (AVIV)*

Im Entwurf wird der vom Gesetz her noch bestehende Spielraum für frauenfreundliche Lösungen nicht ausgeschöpft. Die Kommission plädiert für eine Herabsetzung der Mindestgrenze des versicherten Verdienstes für alle Versicherten, für eine Herabsetzung der Wartetage von Beitragsbefreiten, für eine Erhöhung des relevanten Grenzbetrages für Kinder sowie für eine grosszügigere Festsetzung der Einkommensgrenze. Sie lehnt die ausschliessliche Verknüpfung von Kinderzulagenspruch und Aufhebung der Wartezeit ab und setzt sich für die zusätzliche Berücksichtigung des Kriteriums „Obhut“ ein. Eine (weitere) Reduzierung der Pauschalansätze hält die Kommission für die Betroffenen für unzumutbar. Besonders wichtig ist überdies, dass bei den aktiven arbeitsmarktlichen Massnahmen frauentypische Tätigkeiten und Berufssparten konkret berücksichtigt werden.

4. *VERSCHIEDENES*

4.1. *Publikationsvorbereitung*

Die Kommission führt eine Studie über die Medienpräsenz der National- und Ständeratskandidatinnen bei den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 1995 in den elektronischen und Printmedien durch. Im Mittelpunkt stehen dabei quantitative und qualitative Fragen nach der Redezeit und den Redebeiträgen von Kandidatinnen im Ver-

gleich zu Kandidaten sowie die befragten Themen nach Geschlecht und die Thematisierung des Wahlkampfes von Frauen. Diese Untersuchung wird in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz durchgeführt und anschliessend mit einem Kommentar der Kommission publiziert.

4.2. *Teilnahme am 5. Schweizerischen Frauenkongress (19.-21. Januar 1996)*

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen organisiert und finanziert im Rahmen des Fünften Schweizerischen Frauenkongresses am Eröffnungstag eine Gesprächsrunde über frauen- und gesellschaftspolitische Perspektiven.

4.3. *Kontakte*

Anlässlich ihrer zweitägigen Plenarsitzung im Juni in Lausanne VD traf sich die Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen und kantonalen Politik sowie Presseleuten zu einem Gedankenaustausch. Sie liess sich des weiteren von Fachfrauen über die Situation der Frauen im Kanton Waadt informieren.

Während der Sondersession im Januar informierten Patricia Schulz, Leiterin des Eidg. Büros für die Gleichstellung, und Elisabeth Keller, Kommissionssekretärin, die Parlamentarierinnen über die schweizerischen Vorbereitungsarbeiten für die im September stattfindende 4. UNO-Weltfrauenkonferenz in Beijing. Das Kommissionssekretariat nahm an den in jeder Session stattfindenden Treffen der Parlamentarierinnen teil, darunter auch am Treffen mit den Präsidentinnen der schweizerischen Frauenorganisationen.

4.4. *Internationale Organisationen*

Das Jahr 1995 stand ganz im Zeichen der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz in Beijing (4.-15. September 1995). An der in New York vom 15. März bis 7. April durchgeführten Vorbereitungskonferenz - im Rahmen der 37. Session der UNO-Frauenkommission - nahmen neben Patricia Schulz, Chefin des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und Delegationsleiterin, auch Judith Stamm, Präsidentin der Eidg. Kommission für Frauenfragen, und Elisabeth Keller, Kommissionssekretärin, teil. Sie reisten in der Folge als Teil einer elfköpfigen Schweizer Delegation unter Leitung von Bundesrätin Ruth Dreifuss an die Weltfrauenkonferenz. Die Delegation setzte sich vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Gewalt gegen Frauen, Gesundheit, Partizipation von Frauen in Politik und Wirtschaft sowie auf dem Gebiet Entwicklung für eine Verbesserung der Stellung der Frau ein.

Die Tätigkeiten des Gleichstellungskomitees des Europarates (COMITE DIRECTEUR POUR L'EGALITE ENTRE LES FEMMES ET LES HOMMES) bezogen sich auf die Vor- und Nachbereitung der 4. UNO-Welt-

frauenkonferenz. So organisierte der Europarat, neben den ordentlichen Komiteesitzungen, als speziellen Beitrag des Europarates zur Weltfrauenkonferenz eine europäische Konferenz „Gleichstellung und Demokratie.. Utopie oder Herausforderung?“ (9.-11. Februar) und hielt im Juni eine zweitägige Sondersitzung ab, an der versucht wurde, eine gemeinsame europäische Haltung zum Schlussdokument von Beijing, namentlich im Bereich der Menschenrechte, zu formulieren. An der Februar-Konferenz über Gleichstellung und Demokratie nahm Judith Stamm, Kommissionspräsidentin, teil.

Bereits zum vierten Mal wurde Ende des Jahres zudem ein Internationales Atelier zur Gleichstellung von Frau und Mann in Europa organisiert, an dem die Schweiz durch Verena Laedrach-Feller, Kommissionssekretariat, vertreten war (Budapest, 6.-8. November 1995). Dieses Internationale Atelier dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den west-, zentral- und osteuropäischen Staaten über Gleichstellungspolitik. Als Konferenzorte wurden bisher ausschliesslich ost- und zentraleuropäische Staaten berücksichtigt, um ihnen eine möglichst breite Partizipation zu ermöglichen.

TÄTIGKEITSSCHWERPUNKTE 1996

1. FRAUEN UND POLITIK

- Publikation der geschlechtsspezifischen Medienanalyse zu den National- und Ständeratswahlen vom Oktober 1995 mit einem Kommentar der Kommission.

2. FÜNFTER SCHWEIZERISCHER FRAÜENKONGRESS

- Organisation eines Podiumsgesprächs am ersten Tag des 5. Schweizerischen Frauenkongresses vom 19. bis 21. Januar 1996 in Bern.

3. 20JÄHRIGES JUBILÄUM DER KOMMISSION

- Organisation und Durchführung einer Jubiläumsveranstaltung
- Herausgabe eines Infoblattes
- allgemeine Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

4. SOZIALVERSICHERUNGEN

- Weiterarbeit der Arbeitsgruppe Sozialpolitik am Thema „Mutterschaftsversicherung“ und anderen aktuellen Anliegen im Bereich Sozialversicherungen.

5. VERNEHMLASSUNGEN

- Totalrevision der Bundesverfassung
- weitere frauen- und gleichstellungsrelevante Vernehmlassungen.

6. F- FRAUENFRAGEN

- Voraussichtlich drei Nummern des Bulletins F-Frauenfragen werden frauenpolitische Fragestellungen behandeln.

7. WEITERE THEMEN

- Hearing mit gleichstellungsengagierten Männern.

LES ACTIVITÉS DE LA COMMISSION FÉDÉRALE POUR LES QUESTIONS FÉMININES EN 1995

En 1995, les points forts des activités de la Commission fédérale pour les questions féminines ont été la publication du rapport "Des acquis - mais peu de changements? La situation des femmes en Suisse", les prises de position sur des projets touchant différentes branches des assurances sociales, le projet de loi sur la médecine humaine et une analyse de la présence des femmes dans les médias à l'occasion des élections fédérales d'octobre 1995.

Rita Schmid Göldi et Olga Gamma ont été nommées membres de la Commission en remplacement de Marianne von Weissenfluh et de Christiane Langenberger-Jaeger, qui ont démissionné dans le courant de l'année. Madame Chiara Simoneschi-Cortesi a succédé à Christiane Langenberger-Jaeger à la fonction de vice-présidente.

Le 1er septembre 1995, Madame Claudia Weilenmann a repris les fonctions de responsable du centre de documentation, succédant à Katharina Belser.

1. SÉANCES

1.1. Séances plénières

La Commission s'est réunie en séance à quatre reprises (27 février, 26 et 27 juin, 9 novembre). Au sommaire: prises de position sur la 6e révision du régime des APG, sur le projet de loi fédérale sur les allocations familiales, sur l'avant-projet de loi sur la médecine humaine et sur l'analyse de la présence des femmes dans les médias lors des élections fédérales d'octobre 1995. La Commission a également discuté de la Convention de l'ONU sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes et des thèmes et objectifs de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur la promotion de la femme.

1.2. Groupes de travail

Au cours de plusieurs séances, le groupe de travail *Assurances sociales* s'est penché sur le dossier de l'assurance-maternité et a examiné les prises de position de la Commission sur le projet de loi fédérale sur les allocations familiales, sur la loi sur les prestations complémentaires et sur l'ordonnance sur l'assurance-chômage.

2. PUBLICATIONS

2.1. Rapport sur la situation des femmes en Suisse

Au mois de juin, la Commission a présenté au public son nouveau rapport intitulé "Des acquis - mais peu de changements? La situation des femmes en Suisse". Ce rapport, qui est l'oeuvre de plus de trente spécialistes, retrace les principales évolutions qu'ont connues la cause des femmes et la lutte pour l'égalité entre femmes et hommes depuis les années septante et fait le point sur l'état actuel de l'égalité entre femmes et hommes. Dans un commentaire, la Commission a exprimé son point de vue sur l'évolution de la cause de la femme et a formulé un certain nombre d'objectifs pour les années à venir. Le rapport existe en allemand, en français, en italien et en anglais.

2.2. Dépliant consacré aux élections fédérales d'octobre 1995

A l'occasion des élections fédérales d'octobre 1995, la Commission a élaboré, en collaboration avec le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, un dépliant intitulé "Places aux femmes!", qui reprend, en l'actualisant, une ancienne version. Le dépliant avait pour but de porter l'attention d'une vaste partie de l'opinion publique sur la faible représentation des femmes aux Chambres fédérales. Il contenait également des explications sur les différents moyens de soutenir davantage les candidates et invitait les femmes et les hommes à participer aux élections. Le dépliant, qui existe en allemand, en français et en italien, a été distribué aux partis, aux organisations féminines, aux médias et à d'autres milieux intéressés.

2.3. F-Questions au féminin

Dans le premier numéro de "F" sont publiés les exposés présentés à Berne le 2 décembre à l'occasion du colloque "Cherchez la femme! Plus de 200 ans de droits de l'homme: de l'exclusion des femmes à une révision des droits humains", organisé en collaboration avec le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes. Le premier numéro était également consacré à la Convention de l'ONU sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes, qui, entre temps, a fait l'objet d'un message que le Conseil fédéral a transmis aux Chambres fédérales.

Le numéro double de "F" 2-3/95 était en grande partie consacré à l'assurance-maternité. Outre différents articles relatifs à ce dossier, il présentait également un entretien

entre plusieurs femmes défendant toutes un modèle d'assurance-maternité différent. Au sommaire de ce double numéro se trouvaient aussi la prise de position de la Commission sur le projet de révision de la loi fédérale sur le régime des allocations pour perte de gain et le projet d'une loi fédérale sur les allocations familiales.

2.4. *Pressé / centre de documentation*

Nombre de livres et de brochures sont venus enrichir les étagères de la bibliothèque, qui a enregistré une augmentation du nombre de prêts: politiques, étudiants et étudiantes, journalistes, éducateurs et éducatrices et bien d'autres encore sont venus s'y documenter. Tous les deux mois, au moins, paraît une liste imprimée avec les nouvelles acquisitions.

Le dossier de presse a cessé de paraître à la fin du mois d'avril. Mais les dossiers relatifs aux articles publiés dans "F-Questions au féminin" et regroupant des articles de fonds ayant pour thèmes la violence, le travail, la politique, la santé, les assurances sociales, la culture, les modes de vie, l'Europe, etc., continueront d'être constitués.

3. PRISES DE POSITION

3.1. *Prise de position sur l'avant-projet de la 6e révision de la loi fédérale sur le régime des allocations pour perte de gain en faveur des personnes servant dans l'armée ou dans la protection civile*

La Commission salue le principe de l'allocation indépendante de l'état civil et est favorable à l'augmentation des allocations pour enfants et à l'introduction des allocations pour tâches éducatives. L'augmentation des allocations pour enfants, toutefois, ne couvre pas les coûts effectifs qu'occasionnent les enfants. Une allocation de 20 % pour chaque enfant, comme le propose la Commission, constituerait une amélioration. Outre les tâches éducatives, les soins et l'assistance aux personnes malades, handicapées et âgées devraient également être pris en compte.

(La prise de position est parue dans le numéro double de "F" 2-3/95.)

3.2. *Prise de position sur le projet de loi fédérale sur les allocations familiales*

Comme les prestations sociales et en faveur des familles en Suisse ne sont pas aussi avantageuses que celles dont bénéficient nos voisins Européens et qu'elles ne reflètent pas la grande prospérité de notre pays, la Commission approuve le projet de loi fédérale sur les allocations familiales. Elle est favorable au principe "un enfant - une allocation" et salue le fait que le droit de toucher une allocation familiale ne dépend ni de la profession, ni de l'activité lucrative ou du degré d'occupation. La Commission souhaiterait néanmoins que le montant des allo-

cations pour enfants soit plus élevé que celui proposé dans le projet. Par ailleurs, elle approuve que le financement des allocations incombe, dans une large mesure, aux pouvoirs publics, de sorte que les petits salaires ne soient pas mis démesurément à contribution et que l'on tienne compte du rendement de la fortune.

(La prise de position est parue dans le numéro double de "F" 2-3/95.)

3.3. *Prise de position sur le droit au minimum d'existence (modification de la constitution)*

La Commission approuve la reconnaissance explicite du droit au minimum d'existence inscrit dans la constitution. Elle partage le constat selon lequel le régime actuel de la sécurité sociale présente des lacunes et que l'aide sociale, ultime rempart avant de tomber dans la misère, doit être soumise à une réforme. L'amélioration du statut juridique et la garantie de bénéficier d'une aide sociale digne de ce nom répond également à l'impératif de l'égalité entre femmes et hommes, les femmes étant les principales bénéficiaires de l'aide sociale étant donné qu'elles ne peuvent pas toujours faire valoir des droits aux assurances sociales.

3.4. *Prise de position sur la réglementation relative aux étrangers 1995/96 (OLE)*

La Commission s'est limitée à prendre position sur la réglementation concernant les danseuses de cabaret. Elle souligne le fait que la limitation des permis de séjour et de travail constitue une mesure inadéquate. Pratiquer une politique restrictive en matière de permis et d'emploi n'aura pour effet que d'accroître l'activité illégale d'entraîneuse, avec toutes les retombées que cela aura pour les danseuses de cabaret. Aussi la Commission propose-t-elle des mesures supplémentaires permettant d'améliorer les conditions de vie et de travail des danseuses de cabaret: amélioration de la surveillance, par les autorités cantonales, des boîtes de nuit, interdiction effective de l'activité d'entraîneuse, fixation d'un salaire minimum (au niveau cantonal), introduction de réglementations contractuelles, création, au niveau régional, de centres de consultation subventionnés. A ses yeux, le projet mis en consultation révèle clairement à quel point le modèle des trois zones est problématique et discriminatoire pour les femmes étrangères notamment.

(La prise de position est parue dans le numéro double de "F" 2-3/95.)

3.5. *Prise de position sur la loi fédérale concernant la procréation médicalement assistée et instituant une commission nationale d'éthique*

La Commission se montre très sceptique à l'égard des développements effectués dans les domaines de la procréation artificielle et du génie génétique. La médecine procréative concerne tout particulièrement les femmes étant donné qu'elles sont directement touchées par

les procédés de procréation artificielle. Aussi la loi sur la médecine humaine doit-elle expressément protéger la vie, la santé, la dignité et la personnalité des femmes concernées, exigences auxquelles le projet actuel ne satisfait pas. Le projet ne règle pas non plus la question des embryons excédentaires qui restent inutilisés. La Commission exige que la recherche faite sur ces embryons et que leur commerce soient formellement interdits. Par ailleurs, elle souhaite que toutes les personnes intéressées puissent bénéficier des techniques de procréation artificielle au même titre que les couples mariés. Elle pense en particulier aux couples non mariés, qui devraient pouvoir avoir recours à l'insémination hétérologue.

(La prise de position sera publiée dans le "F" 1/96).

3.6. *Prise de position sur la 3e révision de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (LPC)*

La Commission approuve l'élargissement du régime des prestations complémentaires. Devraient donc pouvoir toucher des prestations complémentaires également les personnes étant au bénéfice d'une indemnité journalière versée au titre de l'assurance-accidents, de l'assurance-maladie, ainsi que de l'assurance-invalidité durant la période nécessaire à la vérification de la légitimité du droit au versement des prestations-invalidité. La Commission est aussi favorable aux améliorations matérielles en faveur des bénéficiaires des prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI telles que la prise en compte du loyer brute au lieu du loyer net et l'abandon de la réduction des prestations en cas de faute propre. Enfin, la Commission salue le fait que l'on souhaite améliorer l'information, introduire une feuille de calcul individuel et accorder aux personnes divorcées ou séparées des droits individuels aux prestations.

3.7. *Prise de position sur la 2e révision partielle de l'assurance-chômage; ordonnance (OACI)*

Le projet ne tient pas compte des possibilités d'interpréter la loi en prenant davantage en considération les besoins des femmes. La Commission plaide en faveur d'un abaissement de la limite inférieure du gain assuré pour tous les assurés, d'une diminution du délai d'attente pour les personnes exemptées de verser des cotisations, d'une augmentation du montant limite déterminant applicable aux enfants et d'une élévation du plafond pour les salaires. Elle rejette l'idée que le versement des indemnités dépende exclusivement du droit de toucher des allocations pour enfants et est opposée à la suppression du délai d'attente; elle apprécierait aussi que l'on tienne davantage compte du critère de la garde des enfants. La Commission estime que réduire (davantage) les montants forfaitaires constituerait un sacrifice que l'on ne peut pas demander aux sans-emploi. Enfin, elle est d'avis que les mesures actives relatives au marché du travail devraient davantage s'orienter sur les activités et les secteurs typiquement féminins.

4. *DIVERS*

4.1. *Prochaines publications*

La Commission a mené une étude sur la présence des candidates dans les médias électroniques et la presse lors des élections au Conseil national et au Conseil des Etats d'octobre 1995. L'étude a en particulier examiné la durée du temps de parole accordé aux femmes et aux hommes, le nombre et la qualité des interventions des candidates par rapport aux candidats, les sujets abordés par l'un et l'autre sexe et la nature des sujets choisis par les femmes faisant campagne. L'analyse, qui a été effectuée en Suisse romande, en Suisse alémanique et en Suisse italienne, sera accompagnée d'un commentaire rédigé par la Commission.

4.2. *Participation au 5e Congrès suisse des femmes (19 au 21 janvier 1996)*

A l'occasion du 5e Congrès suisse des femmes, la Commission fédérale pour les questions féminines organise et finance une table ronde, qui se tiendra le jour de l'ouverture et portera sur les perspectives qui s'ouvrent aux femmes et à notre société.

4.3. *Contacts*

A l'occasion de sa séance de deux jours à Lausanne, la Commission a échangé des avis avec des politiques locaux et cantonaux et des journalistes. En outre, elle s'est fait expliquer par des spécialistes du canton de Vaud la situation des femmes dans le canton.

Au cours de la session extraordinaire de janvier, Patricia Schulz, responsable du Bureau fédéral pour l'égalité entre femmes et hommes, et Elisabeth Keller, secrétaire de la Commission, ont informé les députées des préparatifs de la Suisse en vue de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur la promotion de la femme, qui s'est tenue à Pékin au mois de septembre. Le secrétariat de la Commission a participé aux rencontres des députées, qui ont eu lieu lors de toutes les sessions, ainsi qu'à la réunion des présidentes des organisations féminines suisses.

4.4. *Organisations internationales*

1995 était entièrement placé sous le signe de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur la promotion de la femme, qui s'est tenue à Pékin du 4 au 15 septembre 1995. Etaient présentes à la conférence préparatoire, qui a eu lieu à New York du 15 mars au 7 avril 1995 dans le cadre de la 37e session de la Commission des Nations Unies sur la promotion de la femme, Patricia Schulz, responsable du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes et cheffe de délégation, Judith Stamm, présidente de la Commission fédérale pour les questions féminines, et Elisabeth Keller, secrétaire de la Commission. Au mois de septembre, elles faisaient également partie de la

délégation suisse forte de onze femmes et présidée par la conseillère fédérale Ruth Dreifuss. La délégation représentant notre pays a surtout défendu et essayé de faire progresser les droits des femmes dans les domaines suivants: droits de la personne, violence contre les femmes, santé, participation des femmes à la vie politique et économique ainsi que dans le domaine du développement.

Le Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes s'est penché sur les préparatifs à la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur la promotion de la femme et sur son suivi. Ainsi, outre les séances de comité ordinaires, le Conseil de l'Europe a organisé, du 9 au 11 février 1995, une conférence européenne intitulée "Egalité et démocratie. Utopie ou défi?", à laquelle a participé Judith Stamm, présidente de la Commission, et une séance extraordinaire de deux jours au cours de laquelle on a tenté de trouver une position commune face au document final de la Conférence de Pékin, notamment en ce qui concerne les droits de l'homme.

C'est la quatrième fois déjà qu'a été organisé du 6 au 8 novembre 1995, à Budapest, un Atelier international sur l'égalité entre femmes et hommes en Europe, atelier dans lequel la Suisse était représentée par Verena Laedrach-Feller, membre du secrétariat de la Commission. Thème de cet atelier: échange de points de vue et d'expériences entre les pays d'Europe occidentale, centrale et de l'Est sur la politique en matière d'égalité entre femmes et hommes. Jusqu'à présent, ces ateliers ont toujours eu lieu dans des Etats d'Europe centrale ou orientale afin de permettre à un grand nombre de représentants et de représentantes de ces pays d'y participer.

LES PRIORITES POUR 1996

1. LES FEMMES ET LA POLITIQUE

- Publication de l'analyse de la présence des femmes dans les médias lors des élections au Conseil national et au Conseil des Etats d'octobre 1995 et commentaire de la Commission.

2. 5e CONGRÈS SUISSE DES FEMMES

- Organisation d'une table ronde le jour de l'ouverture du 5e Congrès suisse des femmes, qui se tiendra à Berne du 19 au 21 janvier 1996.

3. 20e ANNIVERSAIRE DE LA COMMISSION

- Organisation et mise sur pied des manifestations célébrant le 20e anniversaire
- Publication d'une feuille d'information
- Information générale et relations publiques.

4. ASSURANCES SOCIALES

- Le groupe de travail *Assurances sociales* continuera d'examiner le dossier de l'assurance-maternité et se penchera sur d'autres points discutés actuellement dans le domaine des assurances sociales.

5. PRISES DE POSITION

- Révision totale de la constitution
- Autres thèmes intéressant les femmes et touchant à l'égalité entre femmes et hommes.

6. F-QUESTIONS AU FÉMININ

- En principe, publication de trois numéros du rapport F-Questions au féminin, qui traiteront de thèmes relatifs à la cause de la femme.

7. DIVERS

- Audition avec des hommes qui s'engagent pour l'égalité entre femmes et hommes.

(Traduction: Natascha Muther et Gilles Cuenat)

LE ATTIVITÀ DELLA COMMISSIONE FEDERALE PER I PROBLEMI DELLA DONNA NEL 1995

Nel corso di questo anno, la Commissione federale per i problemi della donna ha curato in particolare la pubblicazione del rapporto intitolato «Molte realizzazioni - pochi cambiamenti? La situazione della donna in Svizzera», ha elaborato prese di posizione su vari rami delle assicurazioni sociali e sulla futura legge sulla medicina umana, e si è chinata sulla valutazione dei reportages diffusi dai mass media in occasione delle elezioni federali dell'ottobre 1995.

Durante l'anno si sono dimesse dalla Commissione le signore Marianne von Weissenfluh e Christiane Langenberger-Jaeger. Al loro posto sono state nominate le signore Rita Schmid Göldi e Olga Gamma. La vicepresidenza, rimasta vacante con la partenza della signora Christiane Langenberger-Jaeger, è passata alla signora Chiara Simoneschi-Cortesi.

Il 1° settembre, la signora Claudia Weilenmann ha iniziato la sua attività quale responsabile del Centro di documentazione sulla condizione femminile, succedendo alla signora Katharina Belser.

1. SEDUTE

1.1. Sedute plenarie

Durante le quattro giornate di riunione (27 febbraio, 26/27 giugno e 9 novembre), la Commissione ha elaborato in particolare le prese di posizione sulla VI revisione della legge federale sulle indennità per perdita di guadagno (LIPG), sulla legge federale sugli assegni familiari e sulla legge federale sulla medicina umana, e si è pure occupata della valutazione dei reportages diffusi dai mass media in vista delle elezioni federali dello scorso ottobre. Tra gli ulteriori temi figuravano la situazione delle giovani donne nella professione e nella società, la convenzione dell'ONU sull'eliminazione di qualsiasi forma di discriminazione contro la donna, come pure i contenuti e gli obiettivi della IV Conferenza mondiale sulle donne.

1.2. Gruppi di lavoro

Il gruppo di lavoro sulle «assicurazioni sociali» si è chinato per più sedute consecutive sull'assicurazione maternità e sulle prese di posizione commissionali relative al progetto di legge federale sugli assegni familiari,

alla legge sulle prestazioni complementari e all'ordinanza concernente l'assicurazione disoccupazione.

2. PUBBLICAZIONI

2.1. Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera

La Commissione ha presentato in giugno al pubblico il nuovo rapporto comprensivo «Molte realizzazioni - pochi cambiamenti? La condizione della donna in Svizzera». Esso ripercorre i principali eventi che hanno contrassegnato la politica della donna e della parità a partire dagli anni 70 e offre una panoramica della situazione attuale in materia di parità tra donna e uomo. Questo inventario è stato elaborato con la collaborazione di una trentina di specialiste. Nel commento accompagnatorio, la Commissione valuta gli sviluppi conosciuti dalla politica delle donne, e formula obiettivi e compiti per il futuro.

Il rapporto è disponibile nelle versioni tedesca, francese, italiana e inglese.

2.2. Prospetto per le elezioni federali dell'ottobre 1995

In vista delle elezioni federali di ottobre, la Commissione e l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo hanno messo a punto il dépliant «Vota donna!». Si tratta di una ristampa aggiornata, con la quale si è voluto attirare l'attenzione di un vasto pubblico sui problemi inerenti all'attuale forte sottorappresentanza delle donne nel parlamento federale, sollecitare donne uomini a partecipare allo scrutinio, e spiegare le diverse possibilità date all'elettore e all'elettore per sostenere maggiormente le candidate. Il dépliant è stato diffuso in lingua tedesca, francese e italiana per il tramite di partiti, organizzazioni delle donne, mass media e altre cerchie interessate.

2.3. F-Problemi al femminile

F 1/95, il primo numero del bollettino di quest'anno, contiene le relazioni tenute il 2 dicembre 1994 in occasione del convegno «Cherchez la femme! - Diritti dell'uomo da oltre 200 anni: dall'esclusione delle donne a una re-visione dei diritti della persona». Il convegno era stato organizzato in collaborazione con l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo. Il primo bollettino si occupa inoltre anche della Convenzione dell'ONU sull'eliminazione di qualsiasi forma di discriminazione contro

le donne, per la quale il Consiglio federale ha nel frattempo licenziato un messaggio.

F 2-3/95 è apparso in veste di numero doppio riservato all'assicurazione maternità. Oltre a questo tema, contiene un colloquio tra fautrici di diversi modelli d'assicurazione maternità e le prese di posizione commissionali concernenti la prospettata revisione delle indennità per perdita di guadagno e il progetto di legge federale sugli assegni familiari.

2.4. *Rassegna stampa/Centro di documentazione*

L'allestimento della rassegna stampa è stato sospeso a fine aprile 1995. Continua invece ad arricchirsi la documentazione alimentata con articoli di sfondo tratti da riviste sui temi: violenza, lavoro, politica, salute, assicurazioni sociali, cultura, modelli di convivenza, Europa ecc.

La biblioteca ha conosciuto un notevole aumento dei volumi e degli opuscoli in dotazione. Quest'anno, essi sono anche stati maggiormente richiesti in prestito. Il Centro di documentazione ha accolto politici/che, studenti/esse, giornalisti/e, formatori/trici ecc. A ritmo bimensile si è pure pubblicato l'elenco delle nuove acquisizioni.

3. *PRESE DI POSIZIONE*

3.1. *Presenza di posizione sull'avamprogetto della VI revisione della legge federale sulle indennità di perdita di guadagno in caso di servizio militare o di protezione civile*

La Commissione approva la proposta di un indennizzo di base indipendente dallo stato civile ed è favorevole all'aumento degli assegni per figli come pure all'introduzione di un assegno educativo. Tuttavia osserva che il prospettato aumento degli assegni per figli non copre i costi effettivi causati dalla prole. Un assegno unitario del 20% per ogni figlia o figlio, quale è proposto dalla Commissione, comporterebbe un miglioramento. Oltre al lavoro educativo, si dovrebbe considerare anche il lavoro di cura prestato a persone malate, invalide o anziane. (La presa di posizione è pubblicata in F-2-3/95)

3.2. *Presenza di posizione sul progetto di legge federale sugli assegni familiari*

La Commissione condivide l'impostazione del progetto di legge federale sugli assegni familiari poiché, rispetto ad altri paesi europei, le prestazioni familiari e sociali riconosciute in Svizzera sono insoddisfacenti e contrastano con l'alto livello di benessere del paese. Essa sostiene pure sia il principio «un assegno per ogni figlio», sia un diritto all'assegno familiare riconosciuto indipendentemente dalla professione e dall'attività lucrativa risp.

dal tasso d'attività lucrativa. La Commissione è favorevole a un aumento dell'importo degli assegni per figli rispetto a quanto previsto nel progetto. Inoltre auspica che il finanziamento venga assicurato in ampia misura dall'ente pubblico, affinché non si gravino eccessivamente i bassi redditi e si assoggettino pure i redditi della sostanza.

(La presa di posizione è pubblicata in F 2-3/95)

3.3. *Presenza di posizione sul diritto alla sicurezza esistenziale (modifica della Costituzione)*

La Commissione è favorevole a iscrivere nella Costituzione l'esplicito riconoscimento del diritto alla sicurezza esistenziale. Essa condivide la constatazione che l'odierno sistema della sicurezza sociale è lacunoso e che si debba in particolare riformare l'assistenza sociale in quanto «rete di sicurezza tesa sotto la rete». Il miglioramento della posizione giuridica e la garanzia di un'assistenza sociale rispettosa della dignità della persona rappresentano inoltre esigenze derivanti dalla parità tra donna e uomo. Infatti, sono soprattutto donne a dover dipendere dalle prestazioni assistenziali, non potendo far valere diritti nei confronti delle assicurazioni sociali.

3.4. *Presenza di posizione sulla regolamentazione relativa agli stranieri 1995/96*

Nella sua presa di posizione sulla modifica dell'ordinanza che limita l'effettivo degli stranieri (OLS), la Commissione considera solo la nuova regolamentazione prevista per l'ammissione delle ballerine di cabaret. Essa insiste che una limitazione restrittiva dei permessi di soggiorno e di lavoro rappresenta un tentativo di soluzione inadeguato, poiché comporta solo un aumento dell'animazione illegale, con conseguenze negative per le donne interessate. Per questo propone una serie di ulteriori misure atte a migliorare le condizioni di vita e di lavoro delle ballerine di cabaret: miglioramento dei controlli cantonali negli esercizi pubblici, imposizione del divieto di animazione, fissazione di un limite inferiore per i salari minimi (cantonali), imposizione di regolamentazioni contrattuali, creazione di centri regionali sovvenzionati per la consulenza e l'informazione. Secondo la Commissione, il progetto sottoposto in consultazione mostra chiaramente quanto problematico e discriminante risulti per le donne straniere il «modello dei tre cerchi». (La presa di posizione è pubblicata in F 2-3/95)

3.5. *Presenza di posizione sulla legge federale concernente la procreazione medicalmente assistita e la Commissione nazionale di etica (legge sulla medicina umana, LMU)*

La Commissione esprime il suo grande scetticismo di fronte all'evoluzione della procreazione artificiale e alla tecnologia genetica. La medicina riproduttiva concerne in modo particolare le donne: sul loro corpo si applicano i procedimenti della procreazione artificiale. La legge sulla

medicina umana deve pertanto mirare esplicitamente a proteggere la vita, la salute, la dignità e la personalità delle donne interessate. Il progetto di legge non soddisfa affatto questo requisito. Manca inoltre una regolamentazione riguardante gli embrioni sovranumerari, sviluppati nell'ambito del procedimento riproduttivo, ma che non sono più richiesti in seguito. La Commissione chiede un chiaro divieto della ricerca e del commercio con embrioni sovranumerari. Le tecnologie consentite dalla legge non devono essere limitate alle coppie, ma devono essere rese accessibili a tutte le persone. In particolare, la donazione eterologa di spermatozoi deve essere consentita anche a coppie concubine.

(La presa di posizione è pubblicata in F 1/96)

3.6. *Presa di posizione sulla III revisione della legge federale sulle prestazioni complementari all'AVS e all'AI (LPC)*

La Commissione approva l'estensione del sistema delle prestazioni complementari, segnatamente in quanto prestazioni aggiuntive rispetto alle indennità giornaliere dell'assicurazione infortuni, dell'assicurazione malattie e dell'AI durante il periodo richiesto per gli accertamenti delle pretese derivanti dall'AI. Essa approva inoltre i miglioramenti materiali concessi alle persone che percepiscono le prestazioni complementari all'AVS e all'AI, come p.es. il passaggio dal canone locatizio netto a quello lordo e la rinuncia a una decurtazione delle prestazioni complementari in caso di propria colpevolezza. La Commissione sostiene pure il miglioramento dell'informazione, l'introduzione di una scheda di calcolo semplificato per il calcolo delle prestazioni complementari, e il diritto individuale alle prestazioni per coniugi divorziati o separati.

3.7. *Presa di posizione sulla II revisione parziale della legge federale sull'assicurazione contro la disoccupazione (LADI), ordinanza d'applicazione*

L'avamprogetto non sfrutta ancora appieno il margine d'azione concesso dalla legge per introdurre soluzioni più favorevoli alle donne. La Commissione propone di ridurre il limite minimo del guadagno assicurato per tutte le persone assicurate, di ridurre i giorni di attesa delle persone esonerate dai contributi, di aumentare l'ammontare limite determinante per la prole, e una fissazione più generosa del limite di reddito. Essa respinge la stretta connessione tra diritto agli assegni per la prole e soppressione del tempo di attesa, e propone di considerare ulteriormente il criterio di «custodia». Giudica poi inaccettabile per le persone interessate una (ulteriore) riduzione delle indennità forfettarie. Ritiene inoltre particolarmente importante che, nell'ambito delle misure a sostegno del mercato del lavoro, si tenga conto delle attività e dei settori professionali tipicamente femminili.

4. VARIA

4.1. *Pubblicazioni in preparazione*

La Commissione sta effettuando un'analisi dei media stampati ed elettronici per verificare quale spazio hanno ricevuto le candidate al Consiglio nazionale e al Consiglio degli Stati in occasione delle elezioni federali dell'ottobre 1995. La sua attenzione si concentra su aspetti quantitativi e qualitativi relativi al tempo di parola e ai contributi delle candidate rispetto a quelli candidati, ma anche sugli argomenti privilegiati dalle persone candidate in funzione del loro sesso, e sul modo in cui la campagna elettorale delle donne è stata sollevata come tema dalla stampa. L'indagine si svolge nella Svizzera tedesca, francese e italiana, e sarà pubblicata con un commento della Commissione.

4.2. *Presenza al V Congresso svizzero delle donne (19-21 gennaio 1996)*

Nell'ambito del V Congresso svizzero delle donne, la Commissione federale per i problemi della donna organizza e finanzia, nel giorno di apertura, una tavola rotonda sulle prospettive sociopolitiche e di politica delle donne.

4.3. *Contatti*

In occasione della seduta plenaria di due giorni tenutasi in giugno a Losanna, la Commissione ha incontrato per uno scambio di vedute rappresentanti della politica locale e cantonale, giornaliste e giornalisti. Inoltre si è fatta informare da specialiste sulla condizione della donna nel cantone Vaud.

Patricia Schulz, direttrice dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, ed Elisabeth Keller, segretaria della Commissione, hanno informato durante la sessione speciale di gennaio le deputate in merito ai lavori preparatori in vista della IV Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne, che si sarebbe tenuta a Pechino. La segreteria della Commissione ha partecipato agli incontri delle deputate, tenutisi durante ogni sessione parlamentare, e anche all'incontro congiunto con le presidenti delle organizzazioni femminili e femministe svizzere.

4.4. *Organizzazioni internazionali*

Il 1995 è trascorso all'insegna della IV Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne, svoltasi a Pechino dal 4 al 15 settembre. Alla conferenza preparatoria, tenutasi dal 15 marzo al 7 aprile a Nuova York nell'ambito della 37a sessione della Commissione dell'ONU sulla condizione femminile, hanno partecipato Patricia Schulz, direttrice dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo e capodelegazione, Judith Stamm, presidente della Commissione federale per i problemi della donna, ed Elisa-

beth Kellér, segretaria della Commissione. In seguito, esse hanno pure partecipato nell'ambito della delegazione svizzera, che contava undici membri ed era diretta dalla consigliera federale Ruth Dreifuss, alla Conferenza mondiale sulle donne. Qui, la delegazione svizzera ha spiegato il suo impegno soprattutto nei settori dei diritti umani, della violenza contro le donne, della salute, della partecipazione delle donne alla vita politica ed economica e, nel campo dello sviluppo, a favore di un miglioramento della condizione femminile.

Le attività del Comitato per la parità del Consiglio d'Europa (Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes) erano incentrate sui lavori preliminari e conclusivi inerenti alla IV Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne. Quale contributo speciale a questa conferenza, oltre alle regolari sedute del Comitato, il Consiglio d'Europa ha organizzato una conferenza europea sul tema «Parità e democrazia. Utopia o sfida?» (9-11 febbraio); esso ha inoltre indetto una sessione speciale di due giorni, durante la quale si è tentato di formulare una comune posizione europea in merito al documento conclusivo di Pechino, segnatamente per quanto attiene ai diritti umani. Alla conferenza di febbraio, dedicata a parità e democrazia, ha partecipato Judith Stamm, presidente della Commissione.

Alla fine dell'anno si è svolto, per la quarta volta ormai, un atelier internazionale sulla parità tra donna e uomo in Europa. Vi ha partecipato per la Svizzera Verena Laedrach-Feller della segreteria della Commissione (Budapest, 6-8 novembre 1995). Questo atelier internazionale serve allo scambio di informazioni ed esperienze sulla politica della parità tra gli stati dell'Europa occidentale, centrale e orientale. I convegni si sono finora sempre svolti in stati dell'Europa centrale o orientale per consentire loro la più ampia partecipazione possibile.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)